



von Helmut Markwort

Der rote Bischof fordert, was die Parteilinke wünscht

Dienstag

Die Osterbotschaft der evangelischen Kirche handelt von Steuererhöhungen. Der Bischof Heinrich Bedford-Strohm, ihr Ratsvorsitzender, hat in Interviews gepredigt, der Staat möge künftig Wohlhabende stärker mit Steuern belasten.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Gottesmann sich in politische Tagesgeschäfte einmischt. Mithilfe seines Kirchenamtes verbreitet er linke Gesinnung, was Kenner seines Lebensweges nicht überraschen wird.

Bevor er in der Hierarchie der Kirche aufstieg, hatte er sich in der SPD engagiert. Die Mitgliedschaft lässt er jetzt ruhen.

Wie sieht die Ruhe aus? Er muss keine Mitgliedsbeiträge zahlen und besucht keine Versammlungen der Partei, aber unter dem Talar schlägt immer noch das Herz des Sozialisten.

Innerparteilich kann man ihn dem Flügel der Vorsitzenden Saskia Esken zurechnen, die gleichfalls fordert, Steuern für Besserverdienende zu erhöhen. Sie kann mit der evangelischen Kirche zufrieden sein. Die Bestimmer dieser kirchlichen Organisation kommen nicht aus der Partei, die das Wort „christlich“ im Namen führt, sondern überwiegend aus der Sozialdemokratie.

Bedford-Strohm ist innerhalb von elf Jahren bereits der dritte Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche mit einem SPD-Parteibuch.

Bischof Wolfgang Huber, einer seiner Vorgänger, hatte die Kirchenkarriere erst forciert, nachdem er mit einer Kandidatur für den Bundestag gescheitert war.

Bedford-Strohm hat schon häufiger demonstriert, dass er als Sprecher von

21,1 Millionen evangelischen Christen in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit erzeugen kann als ein Mitglied in einer Bundestagsfraktion.

Seine Empfehlung einer Steuererhöhung brauchte er nicht mit Zahlen und Grenzen zu begründen. Die müsse die Politik liefern, sagte er.

Was er nicht erwähnt, aber ganz genau weiß, ist der Kollateralnutzen für die Kirchenkassen.

Bei jeder Erhöhung steigt die Kirchensteuer in aller Stille mit. Schon im Jahr 2018 freute sich die evangelische Kirche Deutschlands trotz sinkender Mitglieder-



Gesinnungsgenossen

Bischof Bedford-Strohm an der Seite von Familienministerin Giffey

zahlen über die Rekordeinnahmen von 5,8 Milliarden Euro. Die katholische Kirche erhielt sogar 6,7 Milliarden. Diese Zahlen werden diskret behandelt.

Von Bedford-Strohm, der gerne andere zum Verzicht animiert, ist kein Wort zu einem Verzicht der Kirche bekannt.

Es wäre praktizierte Nächstenliebe, in Zeiten der Corona-Krise Kirchensteuer zu erlassen.

Mittwoch

Corona bringt es an den Tag: Der Diesel ist nicht schuld an der schlechten Luft. Obwohl als Folge der behördlichen Einschränkungen in den vergangenen Wochen der Autoverkehr deutlich zurückgegangen ist, hat sich die Luftqualität in den Innenstädten kaum verbessert. Der überraschende und erzwungene Großtest widerlegt die bisher gültige Annahme, dass Automobile wesentlich die Luftschadstoffe verursachen.

Messungen aus Bayern und Baden-Württemberg verblüffen mit der Erkenntnis, dass zwar der Straßenverkehr auffällig zurückgegangen ist, aber nicht die Schadstoffe in der Luft. Das Bayerische Landesamt für Umwelt bestätigt, dass sich beispielsweise in Würzburg die Luftschadstoffe kaum verringert haben.

Ähnliche Zahlen werden aus Stuttgart gemeldet. Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) ist bisher davon ausgegangen, dass der Verkehr und insbesondere Dieselfahrzeuge zu 80 Prozent für die Luftschadstoffe verantwortlich sind. Die erzwungene Verkehrspause bestätigt aber diese These nicht.

Die Messwerte der Station Am Neckartor in Stuttgart lassen die bisherigen Behauptungen anzweifeln. Der Ingenieur und Messfachmann Martin Schraag legt Zahlen vor, wonach Wind und Wetter eine größere Rolle spielen als die verteuerten Dieselfahrzeuge. Wenn diese Erkenntnisse sich bestätigen, müssen Fahrverbote neu diskutiert werden und auch die fragwürdige Rolle des Abmahnvereins Deutsche Umwelthilfe.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.